



Newsletter Oktober 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Plenarsitzungswoche wurde dominiert von den Debatten um den Nachtragshaushalt, den die neue Landesregierung für das Jahr 2017 eingebracht hat.

Am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung über den von CDU und FDP eingebrachten Nachtragshaushalt beraten. Statt dem im Wahlkampf vollmundig versprochenen Schuldenabbau sieht er eine Neuverschuldung von mehr als 1,5 Milliarden Euro vor. Und das trotz Steuermehreinnahmen von 1,2 Milliarden Euro. CDU und FDP schmeißen das Geld mit beiden Händen heraus.

Für mich steht fest: Der geplante Nachtragshaushalt der Landesregierung ist unsolid und unsozial, durch ihn werden die Kommunen zusätzlich belastet und Langzeitarbeitslose im Stich gelassen. Denn beim Sozialen Arbeitsmarkt wird um 10 Millionen Euro gekürzt.

Dafür werden im Rahmen der Regierungsneubildung 139 hochdotierte neue Stellen geschaffen. Das kostet 7 Millionen Euro und bedeutet den teuersten Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen. Können Sie das verstehen? Ich jedenfalls nicht.

Soziale und verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

Außerdem hatte ich die Gelegenheit, für meine Fraktion im Plenum zu sprechen. Dieses Mal ging es um artgerechte Tierhaltung in der Schweinezucht. Es ist dringend notwendig, die Rahmenbedingungen für die Nutztierhaltung zeitgemäß zu gestalten. Wir müssen darauf hinzuwirken, dass die erwerbsmäßige Grundlage der Betriebe, das Tierwohl und auch die Ansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesundes Fleisch zusammengeführt werden.

Über weitere interessante Themen der Landespolitik berichte ich im nachfolgenden Newsletter.

Ich wünsche eine angenehme und informative Lektüre!

Herzliche Grüße

Annette Watermann-Krass

Inhalt

Kinder –und Jugendarbeit	S. 2
Kommunalförderung	S. 2
Schulsozialarbeit	S. 2
Nutztierhaltung	S. 3
Integration	S. 3
Thyssenkrupp	S. 4

Mittel für den Kinder- und Jugendarbeit müssen erhöht werden

Durch die SPD-geführte Landesregierung wurden die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan seit dem Jahr 2011 in zwei Stufen von gut 80 Mio. Euro bis zum Haushalt 2017 um mehr als 36 Prozent auf insgesamt 109 Mio. Euro erhöht.



„Dadurch konnten sowohl bewährte Ansätze als auch neue Maßnahmen in der offenen und freien Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden. Zukünftig muss der Kinder- und Jugendförderplan die vielfältigen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen durch eine breite Förderung berücksichtigen und eine ausgewogene Mischung aus Projekt- und Strukturförderung unterstützen. Um das zu finanzieren, wollen wir die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Prozent auf 130,8 Mio. Euro erhöhen und jährlich überprüfen, inwieweit z.B. für steigende Personalkosten ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden muss. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht“, erklärt dazu die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.

Landesregierung verteilt zu wenig finanzielle Hilfen an finanzschwache Kommunen

Der Bund hat im Juni 2017 eine Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds um weitere 3,5 Mrd. Euro beschlossen (NRW erhält davon 1,12 Mrd. Euro). Die Mittel sind für die kommunale Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen vorgesehen. Dem Gesetzesentwurf nach sollen 60 Prozent der Mittel nach der finanziellen Lage der Kommunen verteilt werden (Schlüsselzuweisungen). Die übrigen 40 Prozent werden entlang der durchschnittlichen Schülerzahl der Kommune zugewiesen.

Annette Watermann-Krass stellt klar: „Die Verteilung der Mittel nach Schülerzahl ist grundsätzlich richtig, die Quote ist mit 40 Prozent jedoch viel zu hoch angesetzt. Dadurch erhalten insbesondere finanzschwache Kommunen zu wenig Fördermittel. Den Gesetzesentwurf der Landesregierung lehnen wir deshalb ab.“

Schwarz-Gelb muss sich zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit bekennen



Schulsozialarbeit ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien an schulischen und außerschulischen Aktivitäten teilnehmen können. Seit 2015 fördert das Land die Schulsozialarbeit mit jährlich rund 48 Mio. Euro – obwohl der Bund für die Finanzierung verantwortlich ist. „Das derzeitige Landesprogramm ist aber bis Ende 2017 befristet. Wie die schwarz-gelbe Landesregierung die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit fortführen möchte, bleibt unbeantwortet.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich klar zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu bekennen. Zudem muss sie auf Bundesebene alles dafür tun, damit der Bund die Finanzierungsverantwortung für die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im SGB II vollständig übernimmt“, so die Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.

Nordrhein-Westfälische Schweinehaltung neu gestalten

Wir hier in Nordrhein-Westfalen sind ein wichtiger Standort im Bereich der Schweinehaltung. Es gibt 7, 24 Millionen Schweine und stolze 7420 Betriebe.



Allerdings sind in den letzten drei Jahren 18 % der Betriebe mit Schweinehaltung ausgeschieden. Die gesellschaftliche Erwartung an eine artgerechte Tierhaltung ist deutlich spürbar. Viele Maßnahmen zum besseren Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere stellen jedoch ein wirtschaftliches Risiko besonders für die kleinen und mittleren Betriebe da. Während die großen Ställe weiter wachsen müssen um rentabel zu bleiben, stehen besonders kleine und mittlere Betriebe vor dem Aus.

„Deshalb ist es dringend notwendig, die Rahmenbedingungen für die Nutztierhaltung zeitgemäß zu gestalten. Wir müssen darauf hinzuwirken, dass die erwerbsmäßige Grundlage der Betriebe, das Tierwohl und auch die Ansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesundes Fleisch zusammengeführt werden. Natürlich können wir bei der Entwicklung einer nachhaltigen, tier- umwelt- und verbraucherfreundlichen Land- und Ernährungswirtschaft nicht einfach den Schalter umlegen. Deshalb gilt es Schritt für Schritt zu handeln“, erläuterte die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass in ihrer Rede vor dem Landtag.

Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

In der vergangenen Legislaturperiode wurde in einem breit angelegten parlamentarischen Prozess und mit Unterstützung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein weitreichendes Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vorgelegt und vom Landtag beschlossen.

Annette Watermann-Krass hält diesen Integrationsplan für unverzichtbar: „Mit dem Integrationsplan wird das Ziel verfolgt, allen zu uns kommenden Menschen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dabei wurde auf die jahrzehntelange Erfahrung in NRW und auf die hier bereits vorhandenen Strukturen zurückgegriffen. Wir fordern von der Landesregierung die Fortführung und Weiterentwicklung des Integrationsplans für NRW.“

Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in NRW bleiben



Der Konzernvorstand von Thyssenkrupp hat – ohne die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – beschlossen, seine Stahlsparte bis Ende 2018 mit der von Tata Steel zusammenzulegen. Der Sitz des fusionierten Unternehmens soll in den Niederlanden liegen. NRW droht der Verlust von 2000 Arbeitsplätzen, Steuereinnahmeausfälle und die Beschneidung von Mitbestimmungsrechten.

Ministerpräsident Laschet und die FDP unterstützen die Pläne des Konzernvorstands. Davon abweichend erklärte Arbeitsminister Laumann, dass der Firmensitz auch künftig nach NRW gehöre.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Kolleginnen und Kollegen bei Thyssenkrupp im Kampf um ihre Arbeitsplätze und Mitbestimmungsrechte und fordert die Landesregierung auf, sich endlich für den Stahlstandort NRW starkzumachen.

Die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass fühlt sich den Betroffenen verbunden: „Wir müssen uns solidarisch zeigen – auch der Kreis Warendorf ist betroffen. An den Standorten der Thyssenkrupp Tochter „Industrial Solutions“ in Ennigerloh und Neubeckum sollen rund 150 Stellen abgebaut werden. Dies soll ohne Kündigungen, nur betriebsbedingt geschehen. Dass eine Landesregierung gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im eigenen Land handelt, ist ein Skandal.“

Fotonachweis:

Kinder: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Buntstifte: Tomizak / pixelio.de

Schwein: Markus Walti / pixelio.de

Schweißer: JUREC / pixelio.de